Die zaghaften Deutschen

Seit 20 Jahren ist die Bundeswehr an Kampfeinsätzen im Ausland beteiligt. Schrittweise gewöhnte die rot-grüne Regierung das Land an eine neue Normalität. Doch nun ist ausgerechnet Schwarz-Gelb dabei, das Erreichte wieder zu verspielen.

Bundeswehrsoldaten nach einem Selbstmordanschlag nahe Kunduz in Afghanistan 2009

JAWED KARGAR / DPA

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Kanzlerin Merkel auf Truppenbesuch 2012: *Zurück zur unmündigen Unsicherheit*

In dem Gebäude steckt ein Keil, so brutal wie der Stachel des Krieges in der deutschen Geschichte. Eine gigantische Spitze aus Stahl und Glas durchschlägt die Sandsteinfassade des alten Arsenalgebäudes in Dresden. Wie ein Geschoss, das durch die Brust eines Soldaten dringt. Wie der Angriffskeil der britischen Bomber, die am 13. Februar 1945 die Dresdner Altstadt in Schutt und Asche legten.

Mit dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr hat der amerikanische Architekt Daniel Libeskind die deutsche Militärgeschichte nachgebaut. Nichts ist heil, alles zerbrochen. Mitten im Museum klafft eine Wunde, die zugleich Waffe ist.

In anderen Ländern erzählen Militärmuseen von überlegener Technik und heroischen Siegen: Seht her, wir sind Helden! Wie aber kann Deutschland seine Militärhistorie erzählen, eine Geschichte, deren es sich schämt? Weil sie von Niederlage und Schuld handelt. „Wir wollen keinen Sinn stiften“, sagt Oberst Matthias Rogg, der Direktor des Dresdner Museums, „wir stellen Fragen.“

Da ist die Vitrine mit dem Bundeswehrfahrzeug, Typ „Wolf“, das in Afghanistan von einem ferngesteuerten Sprengsatz schwer beschädigt wurde. Leidlich zusammengeflickt steht es in dem Glaskasten. Unvorstellbar, dass in dem kleinen, schlecht gepanzerten Fahrzeug Soldaten in den Kampf geschickt wurden. Drei von ihnen wurden bei dem Anschlag schwer verletzt.

Neben dem Auto liegen die Stimmkarten von Gerhard Schröder und Angela Merkel für eine der Afghanistan-Abstimmungen im Bundestag. Beschädigte Technik, verwundete Soldaten, politische Verantwortung – was will das dem Besucher sagen? Dass der Afghanistan-Einsatz gescheitert ist? Dass die Bundeswehr schlecht ausgestattet ist? Dass die Politik Schuld trägt? Das Museum verweigert die Antwort. Es will die Mehrdeutigkeit.

Die Deutschen und der Krieg – das ist fast sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer eine Geschichte, in der nichts selbstverständlich ist. In der vergangenen Woche zeigte das überwältigende Interesse für den ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“ einmal mehr, dass Deutschland mit diesem Kapitel seiner Geschichte nicht abgeschlossen hat.

Mehr als siebeneinhalb Millionen Zuschauer sahen in Spitzenzeiten das Drama über die fünf Freunde, deren Schicksal der Krieg einen brutalen Stempel aufdrückte. In den Familien und in den Feuilletons wurde diskutiert, nachgefragt, erinnert. „Waren deutsche Soldaten wirklich so grausam?“ titelte die „Bild“-Zeitung. Und viele Jüngere fragten sich, wie sie sich selbst wohl damals verhalten hätten.

Es ist ein seltsamer Zufall, dass die Bundeswehr ausgerechnet in diesen Tagen, in denen die Nation wieder einmal mit ihrem ewigen Trauma beschäftigt ist, einen denkwürdigen Jahrestag begeht. Am 2. April 1993 beschloss das Kabinett des damaligen Kanzlers Helmut Kohl den ersten internationalen Kampfeinsatz der Bundeswehr. Deutsche Soldaten beteiligten sich an der Überwachung der Flugverbotszone über Bosnien. Es war der erste Krieg, in dem die Bundeswehr kämpfte.

Bosnien stand am Beginn eines langen Weges der Normalisierung, den Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges gegangen ist. Die Bundeswehr steht heute in elf Einsätzen, die vom Bundestag abgesegnet wurden. 6540 Soldaten sind im Auslandseinsatz auf dem Balkan, am Hindukusch oder am Horn von Afrika. „Die Mentalität der Deutschen hat sich, was den Einsatz militärischer Gewalt angeht, verändert“, sagt Verteidigungsminister Thomas de Maizière. „Wir sind da schon einen weiten Weg gegangen.“

Es war Rot-Grün, das in seiner siebenjährigen Regierungszeit das Land gegen

APTN

Bundeswehreinsatz im Kosovo 1999: *Schwere Gefechte mitten in Europa*

Raketenabwehrsystem „Patriot“ der Bundeswehr

die überwältigende Skepsis der Deutschen in die großen Einsätze ins Kosovo und nach Afghanistan führte. Die Koalitionspolitiker rangen sich die Zustimmung zur deutschen Beteiligung ab, „fast bis zur Selbstzerstörung“, wie der damalige Außenminister Joschka Fischer heute sagt. Sie mutete den traumatisierten Deutschen zu, erwachsen zu werden und die politische Verantwortung zu übernehmen, von der sie der Kalte Krieg verschont hatte.

Mehr als ein Jahrzehnt später ist ausgerechnet eine konservativ-liberale Regierung dabei, das Erreichte wieder zu verspielen. Ob aus Überzeugung oder aus Angst vor dem Wähler – unter Führung von Angela Merkel und Guido Westerwelle ist die deutsche Außenpolitik zur alten, unmündigen Unsicherheit zurückgekehrt. Die Enthaltung in Libyen, das Minimalprogramm in Mali, die Passivität in Syrien – um jeden Preis geht es darum, ein militärisches Engagement zu vermeiden.

Für das internationale Ansehen Deutschlands ist das fatal. Das Wort von der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“, das der Außenminister bei jeder Gelegenheit im Munde führt, löst bei den Partnern nur Kopfschütteln aus. Denn es steigen die Erwartungen an Deutschland, das spätestens mit der Euro-Krise zur wirtschaftspolitischen Führungsmacht geworden ist. Der Widerspruch zwischen Deutschlands wirtschaftlicher Stärke und seinen militärischen Selbstzweifeln ist so groß wie nie zuvor.

Der Regierung fehlt der Mut, die Deutschen mit unbequemen Entscheidungen zu konfrontieren. Der unpopuläre Einsatz in Afghanistan hat die deutsche Skepsis am Sinn militärischer Missionen wieder verstärkt. Andere, erfolgreiche Einsätze werden dagegen ausgeblendet. Wie etwa der im Kosovo, wo bis heute rund 750 Bundeswehrsoldaten stehen. Und kämpfen.

Im Norden des Kosovo erinnern die Einschusslöcher in der einst makellos weißen Hauswand an den Schrecken des vergangenen Sommers. Am 1. Juni 2012 standen sich hier, an der eisernen Brücke im Dorf Rudare, serbische Hardliner und Soldaten der Bundeswehr gegenüber.

Die Aufständischen griffen von der Seite des Hauses mit Kalaschnikows, Jagdgewehren und Pistolen an. Die Bundeswehr, auf der anderen Seite des Ibar-Flusses, feuerte geschützt von einem „Fuchs“-Panzer 1500 Schuss zurück. Am Ende waren zwei deutsche Soldaten und mehrere Serben verwundet. Ein schweres Gefecht, mitten in Europa, im Jahr 2012.

Für einen kurzen Moment kehrte der Kampfeinsatz der Bundeswehr wieder ins Bewusstsein zurück. Deutschland erinnerte sich, dass zwei Flugstunden von zu Hause junge Deutsche in einem lebensgefährlichen Einsatz stehen.

Heute ist die eiserne Brücke über den Ibar-Fluss wieder frei befahrbar, statt Panzern und Rebellen stehen Kinder am Straßenrand und winken, junge Männer schrauben an ihren Autos herum. In Deutschland hat man schon wieder das Interesse verloren. „Wir sind hier so etwas wie der vergessene Einsatz“, sagt Zugführer Robert Altmann. „Dabei ist Kfor eine Erfolgsgeschichte.“ Es gebe einen Plan, klare Etappen, ein genaues Ziel. Anders als beim Afghanistan-Einsatz stellt sich den Soldaten hier nicht die Sinnfrage.

Der Beschluss zum Kosovo-Einsatz im Herbst 1998 war der Wendepunkt in der deutschen Außenpolitik. Kampfflugzeuge der Bundeswehr patrouillierten über Gebieten, in denen keine 60 Jahre zuvor Soldaten der Wehrmacht gemordet hatten, und das ohne Mandat des Uno-Sicherheitsrats. Es war ein Einsatz, der mit allen Tabus der deutschen Nachkriegsgeschichte brach.

Keine andere Partei tat sich mit dieser Entwicklung so schwer wie die Grünen. „Ich habe als Kind zwei Dinge gelernt: ‚Nie wieder Krieg‘ und ‚Nie wieder Auschwitz‘“, erinnert sich der frühere Außenminister Joschka Fischer. „Diese beiden Maximen gerieten in Konflikt. Ich musste das ‚Nie wieder Krieg‘ drangeben.“

Für viele in CDU und SPD war es auch ein schwieriger Weg. Aber beide Parteien kannten das Regierungsgeschäft. Sie hatten wichtige außenpolitische Entscheidungen der alten Bundesrepublik mitgetragen. Sie wussten, dass die westlichen Partner von dem vereinten Deutschland erwarteten, sich nicht nur mit Geld an Kampfeinsätzen zu beteiligen. Gerhard Schröder warnte in der entscheidenden Bundestagssitzung am 16. Oktober 1998 vor dem „verheerenden Ansehens- und Bedeutungsverlust“, den ein Nein zum Kosovo-Einsatz für Deutschland nach sich ziehen würde.

Fischer konnte in seiner Partei nicht so nüchtern argumentieren. Die Grünen waren zu großen Teilen aus der Friedensbewegung hervorgegangen. Der Pazifismus gehörte neben dem Widerstand gegen die Atomkraft zur DNA der Partei. Doch dann ermordeten im Juli 1995 in Srebrenica serbische Milizen unter den Augen niederländischer Uno-Sol-

in der Türkei: *Langer Weg der Normalisierung*

AXEL SCHMIDT / DAPD (M.); STEFFEN KUGLER / BPA / PHOTOTHEK.NET (R.)

Trauerfeier für getöteten Soldaten in Afghanistan 2010: *Blutige Realität*

daten fast 8000 bosnische Muslime. Seit diesem Massaker war klar, dass man auch durch Untätigkeit Schuld auf sich laden konnte.

Auf einem Sonderparteitag der Grünen zum Kosovo im Mai 1999 wurde Fischer von einem Kriegsgegner mit einem Farbbeutel beworfen. Bündnistreue reichte in dieser Atmosphäre nicht aus, um die Teilnahme am Krieg zu begründen. Auch die dunkelste Seite der deutschen Geschichte, Auschwitz, musste herhalten.

Dass ausgerechnet die Partei der Friedensbewegten ja zum Krieg sagte, machte einen neuen gesellschaftlichen Konsens möglich. Es waren Politiker, die die Folgen des Zweiten Weltkriegs noch miterlebt hatten, die ihn durchsetzten. Schröders Vater war im Krieg gefallen, Fischers Eltern hatten 1946 aus Ungarn fliehen müssen. Schröders Vorgänger Kohl, der erstmals deutsche Soldaten auf Auslandsmission unter anderem nach Kambodscha und an den Persischen Golf geschickt hatte, war 15, als der Krieg zu Ende ging.

Der Kampf um die Normalisierung der deutschen Außenpolitik hätte vermutlich länger gedauert, wenn die Grünen nicht an der Regierung gewesen wären. Seit der Kosovo-Entscheidung aber war klar, dass auch künftige Regierungen Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht mehr prinzipiell ablehnen, sondern als letztes Mittel in Erwägung ziehen würden.

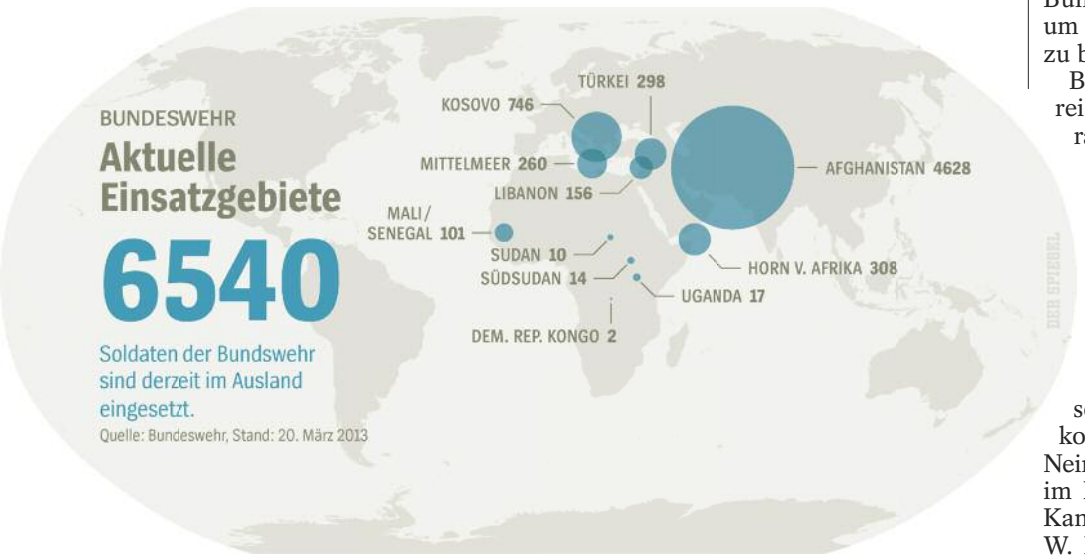
Das war immer häufiger der Fall. Deutsche Soldaten sollten den Frieden in Ländern wie dem Kongo, Somalia und dem Südsudan sichern helfen. Auf Wunsch Israels kämpft die deutsche Marine seit 2006 sogar vor der Küste des Libanon gegen den Waffenschmuggel.

Die Art der Debatten, die Trotz-oder-wegen-Auschwitz-Diskussion, prägte die Haltung der Deutschen zu Auslandseinsätzen. Anders als Verbündete wie Frankreich oder die USA beharrten die Bundesbürger darauf, dass deutsche Soldaten nicht in erster Linie in die Welt hinausziehen dürfen, um deutsche Interessen zu verteidigen. Es musste immer um eine höhere Moral gehen.

Das galt auch für den bislang größten Einsatz der Bundeswehr. Als die USA nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in Afghanistan einmarschierten, standen die Deutschen an ihrer Seite. Schröder argumentierte erneut mit der Bündnissolidarität. Auf die Unterstützung von Union und FDP konnte er setzen, doch in den Regierungsparteien SPD und Grüne gab es heftigen Widerstand. Der Kanzler musste im November 2001 im Bundestag die Vertrauensfrage stellen, um eine Mehrheit in den eigenen Reihen zu bekommen.

Bündnistreue und Terrorbekämpfung reichten aber nicht aus. Ohne einen moralischen Überbau ging es nicht, und so hieß es, man kämpfe schließlich auch für Demokratie und Frauenrechte. Doch als klar wurde, dass diese Ziele nicht erreicht werden konnten, sank die Zustimmung. Inzwischen befürworten nur noch 38 Prozent der Deutschen den Einsatz.

Mit Afghanistan hatte die Bundesrepublik gezeigt, dass es keinen deutschen Sonderweg mehr gab. Deshalb konnte sich die Schröder-Regierung das Nein zum amerikanischen Angriff im Irak im März 2003 leisten. Die Absage des Kanzlers an die Kriegspläne von George W. Bush war der Moment, in dem die



JAD WASHEM

Konzentrationslager Auschwitz 1944: *Dunkelste Seite der deutschen Geschichte*

deutsche Außenpolitik endgültig erwachsen geworden war.

Alles sprach dafür, dass eine schwarzgelbe Regierung diesen außenpolitischen Weg energisch weitergehen würde. Doch tatsächlich beschäftigten sich die konservativen Verteidigungsminister mit einem anderen Problem. Spätestens mit den Bodenkämpfen in Afghanistan wurde klar, dass sich die deutsche Gesellschaft noch lange nicht an die blutige Realität eines Krieges gewöhnt hatte.

52 deutsche Soldaten wurden getötet, und die Bundeswehr tötete selbst. Bei der vom deutschen Oberst Georg Klein befohlenen Bombardierung zweier Tanklaster bei Kunduz starben über hundert Menschen, die Mehrzahl Zivilisten. Das war für ein Volk, das nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zum friedliebendsten der Welt werden wollte, schwer erträglich.

Mit dem Afghanistan-Einsatz kehrte die Sprache des Krieges nach Deutschland zurück: Gefallene, Veteranen, Krieg. Jedes Wort wurde nach mühsamen Debatten wieder in Gebrauch genommen. 17 Jahre nach dem ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr bezeichnete die deutsche Politik Kampfeinsätze wieder als das, was sie sind: als Krieg.

Das Tabu, das die Verbindung von „Deutschland“ und „Krieg“ untersagte, wurde nicht zufällig von einem Verteidigungsminister der Enkelgeneration überwunden: von Karl-Theodor zu Guttenberg. „Zur Außen- und Sicherheitspolitik eines vereinten Deutschland muss gehören, dass wir Begriffe wie Krieg, Veteranen, Gefallener normal verwenden“, sagt sein Nachfolger de Maizière heute.

Der konservative Minister ist überzeugt davon, dass eine Armee, die sich immer wieder im Krieg befindet, Symbole und Rituale braucht. Orden, Ehrenmäler, Veteranen-Gedenken. Auch das

BERND THISSEN

Außenminister Fischer*
„Fast bis zur Selbstzerstörung“

war im Deutschland der Nachkriegszeit lange tabu.

Ganz bewusst setzt sich de Maizière dafür ein, dass der Soldatenberuf mit allen seinen Konsequenzen wieder zur Normalität wird. Dazu gehört, dass Deutschland mittlerweile einen Veteranenverband hat. Seit drei Jahren residiert in Berlin der Bund Deutscher Veteranen, der Lobbyverband der Kriegsheimkehrer.

Dialog, Fürsorge, Kameradschaft, Hilfe – das sind die Stichwörter, mit denen der Verband sein Angebot an die Heimkehrer beschreibt. Er setzt sich dafür ein, dass die Leistungen von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz besser anerkannt werden, materiell und ideell.

Die Veteranen sollen von der Gesellschaft wahrgenommen werden. Ein Vertreter des Verbands tritt deshalb regelmäßig in der Berliner Schaubühne auf, nach der Aufführung von Wolfgang Borcherts berühmtem Kriegsheimkehrer-Drama „Draußen vor der Tür“. Er stellt die Arbeit des Veteranenverbands vor und gibt einen Einblick ins Leben der Soldaten.

100 deutsche Soldaten kamen bei Auslandseinsätzen bislang ums Leben. Im Sommer 2010 richtete das Verteidigungsministerium erstmals eine Ansprechstelle für Hinterbliebene ein. Zuständig für den Umgang der Truppe mit Gefallenen wurde die Sozialdemokratin Birgitt Heidinger, deren Brüder und Sohn einst den Wehrdienst verweigert hatten. Warum sie? „Ich bin nicht mehr ganz jung, trage keine Uniform. Und ich bin eine Frau“, sagt Heidinger.

Sie kümmert sich um die Hinterbliebenen, wenn die erste Zeit intensiver Betreuung vorbei ist. „Dann kommt das Loch“, sagt sie. Sie telefoniert, führt Gespräche und organisiert Reisen nach Afghanistan, in das ferne Land, wo der Mann, Sohn, Bruder getötet wurde: „So können die Angehörigen die innere Ruhe wiedererlangen.“

Viele der Hinterbliebenen klagen darüber, dass ihnen im Bekanntenkreis immer wieder ein Argument begegnet: Du hättest doch wissen müssen, dass man als Soldat sterben kann. Es klingt wie: Stell dich doch nicht so an. Als würde es den Schmerz lindern, dass der Tod zum Berufsrisiko gehört. Als wäre die Dankbarkeit, die die Gesellschaft ihren Soldaten schuldet, mit dem Sold abgeglichen. Es ist eine Art, das eigene Mitgefühl zu verdrängen und die Verantwortung von sich zu weisen. „Das ist ein wiederkehrendes Muster“, sagt Heidinger.

Kein anderes westliches Land habe eine Ansprechstelle für Hinterbliebene. Schon wieder ein deutscher Sonderweg. Vielleicht, meint Heidinger, habe Deutschland es auch besonders nötig: „Was das Verhältnis der Gesellschaft zu den eigenen Soldaten angeht, ist Deutschland noch immer kein normales Land.“

Bundespräsident Horst Köhler konstatierte vor einigen Jahren ein „freundliches Desinteresse“ der Gesellschaft an der Bundeswehr. Der jetzige Amtsinhaber Joachim Gauck forderte unlängst, die Bundeswehr müsse einen Ort in der Mitte der Gesellschaft haben. Sie sei, bemängelte er, im öffentlichen Bewusstsein nicht sehr präsent.

De Maizière sieht das anders, steht damit aber ziemlich allein. Er ist überzeugt, dass die Auslandseinsätze „die emotionale Nähe zwischen Bevölkerung und Soldaten befördert“ haben. Interesse und Wertschätzung für die Bundeswehr hätten durch den harten Einsatz in Afghanistan zugenommen. Das klingt, als wollte der Minister die Normalität, die er sich wünscht, herbeireden.

Generalmajor Volker Halbauer ist seit September der Kommandeur der internationalen Mission im Kosovo. Er ist ein unaufgeregter Mensch. Wenn man ihn fragt, was sich im Verhältnis der Deutschen zu den Einsätzen verändert hat, spricht er zuerst von seinen Leuten. In den Köpfen der Militärs „haben wir es gedreht bekommen“, sagt er. Und die

* Nach einer Farbbeutelattacke in Bielefeld 1999.

Gesellschaft? „Die Bevölkerung hat diese Umdrehung nicht mitgemacht."

Vor allem der Afghanistan-Einsatz hat der historischen Skepsis am Sinn militärischer Interventionen neue Argumente geliefert. Deutschland erlebt einen Rückfall in den Pazifismus. Und die Politik passt sich an. Für Angela Merkel war diese Haltung nicht immer selbstverständlich.

Als Schröder vor zehn Jahren eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg ausschloss, stellte sie sich auf die Seite der Bellizisten. Die damalige Oppositionsführerin warnte in einem „Brief an alle Deutschen" vor Schröders Haltung. Es sei klar, dass Deutschland „an der Seite der USA und ihrer Verbündeten stehen muss".

Westerwelle war dagegen sein Leben lang Populist. Er macht das, was ihm die meisten Stimmen einzubringen scheint. Und so hatte er die FDP schon in der Opposition auf einen Kurs geführt, der die Deutschen auf ihre traditionelle Rolle als zahlender Zuschauer beschränken wollte. Als der Bundestag im September 2006 auf israelischen Wunsch beschloss, Kriegsschiffe vor die libanesische Küste zu schicken, stimmte die FDP dagegen.

Bei seinem Amtsantritt als Außenminister machte Westerwelle den Abzug der amerikanischen Atombomben in Deutschland zu einer seiner Top-Prioritäten. Das Kanzleramt musste die Amerikaner beruhigen. Merkel hat ein besseres Gespür für die Wünsche der deutschen Partner, aber auch sie treibt die Sorge um, dass Auslandseinsätze Wählerstimmen kosten könnten.

Es sind bezeichnenderweise Grünen-Politiker, die die zögerliche Haltung der Regierung am stärksten kritisieren. Die moralisch aufgeladenen Diskussionen um Kosovo und Afghanistan haben dazu geführt, dass einige führende Grüne militärische Einsätze aus humanitären Gründen propagieren.

So fordert Daniel Cohn-Bendit, der Co-Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europaparlament, Waffenlieferungen an die syrische Opposition und kritisiert Westerwelle als Billig-Pazifisten. „Deutschland will die pazifistische Dividende, die Drecksarbeit sollen andere machen", schimpft er. Der grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin war einer der Ersten, die ein entschiedenes deutsches Engagement in Mali forderten.

Die konservativ-liberale Regierung dagegen ist auffallend orientierungslos. Das zeigte sich vor allem bei ihrer bislang folgenschwersten außenpolitischen Entscheidung. Am 17. März 2011 stimmte der Uno-Sicherheitsrat über einen Militäreinsatz in Libyen ab. Alle Bedingungen, die Berlin für ein Eingreifen genannt hatte, waren erfüllt. Dennoch musste sich der deutsche Uno-Botschafter Peter Wittig als einziger des Westens bei der Abstimmung enthalten.

Nach der Entscheidung beteuerte Merkel, Deutschland stehe an der Seite der Bündnispartner. Doch in Wirklichkeit zog die deutsche Marine überstürzt ihre Schiffe ab, die vor der Küste Libyens das Waffenembargo überwachen sollten. Und schon war sie wieder da, die Frage nach der Zuverlässigkeit der Deutschen, die doch eigentlich beantwortet schien.

Libyen war kein Einzelfall. Als die Franzosen im Januar Beistand für ihre Mali-Mission erwarteten, erklärte Westerwelle ebenso eilig wie lautstark, was die Deutschen auf keinen Fall leisten würden. Militärischen Beistand zum Beispiel.

Das zaghafte deutsche Auftreten in der internationalen Politik steht im auffälligen Gegensatz zu Merkels Agieren in der Euro-Krise. In der EU hat Deutschland die Führungsrolle übernommen, mit allen Konsequenzen. In Griechenland werden Hakenkreuzfahnen geschwenkt, im italienischen Wahlkampf und in Zypern wird die Kanzlerin zur Hassfigur erklärt.

SVEN DOERING / AGENTUR FOCUS

Militärhistorisches Museum Dresden: *Stachel des Krieges*

54 Prozent der Deutschen sahen vergangenen Sommer keinen Sinn in den Milliardenhilfen für die Euro-Länder, doch gleichzeitig bekannten 66 Prozent, dass sie mit der Kanzlerin zufrieden seien. Der Unterschied zwischen beiden Zahlen ist das, was politische Führung ausmacht. Den Mut auch zu unpopulären Entscheidungen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik fehlt dieser Mut. Der Außenminister beschränkt sich weitgehend darauf, in rhythmischen Abständen Zurückhaltung anzumahnen, und zeigt sich ansonsten tief besorgt. Und seine Chefin, die Kanzlerin, setzt auf eine andere Strategie: Frieden schaffen mit deutschen Waffen.

Statt sich militärisch zu engagieren, liefert die schwarz-gelbe Koalition lieber Waffen in explosive Regionen. Partnerländer in den schwierigen Weltgegenden sollen durch Rüstungsexporte „ertüchtigt" werden, wie Merkel das nennt. Zu diesen Partnern gehören autoritäre Regime wie Saudi-Arabien.

Deutschland wird aus historischen Gründen seine Skrupel gegen Militäreinsätze nie ganz und gar überwinden. Das ist auch gut so. Aber eine Politik, die darauf abzielt, die notwendigen Auseinandersetzungen in jedem Einzelfall von vornherein zu vermeiden, entmündigt die Bürger. Politische Führung würde den Deutschen wieder zumuten, sich ihrer Verantwortung zu stellen, auch wenn sie dann nicht immer für alle die Guten sein können. So wie in der Euro-Krise.

Hubert Védrine kennt die deutsche Außenpolitik so gut wie nur wenige – ab 1981 war er außenpolitischer Berater unter François Mitterrand, dem er während dessen ganzer Amtszeit diente, von 1997 bis 2002 war er französischer Außenminister.

Védrine bedauert, dass die deutsche Sicherheitspolitik nach Schröder und Fischer weniger klar wurde. Unter einer rot-grünen Regierung, glaubt er, „hätte Deutschland sich in Libyen nicht enthalten und bei Mali mehr gemacht". Védrines Botschaft an Deutschland ist: „Habt keine Angst vor euch selbst, die Geschichte ist lang her."

Christiane Hoffmann, Ralf Neukirch, Gordon Repinski, Mathieu von Rohr

Lesen Sie weiter auf Seite 134:
Wie das TV-Drama „Unsere Mütter, unsere Väter" das Land bewegt
Lesen Sie im nächsten Heft:
Altkanzler Schröder zweifelt im SPIEGEL-Gespräch am Sinn des Afghanistan-Einsatzes.